

Stand: 24.06.2026 20:29:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/23773

"Jede Seenotrettung im Mittelmeer als humanitäre Verpflichtung begreifen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/23773 vom 18.09.2018



Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures, Diana Stachowitz SPD**

Jede Seenotrettung im Mittelmeer als humanitäre Verpflichtung begreifen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begreift jede Seenotrettung als humanitäre Verpflichtung und unterstützt daher auch die Arbeit der in der Seenotrettung im Mittelmeer tätigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich mit dem Ziel einer gesamteuropäischen Lösung bei den Regierungen der EU-Mittelmeerstaaten dafür einzusetzen, dass die SAR-Schiffe (SAR = Search and Rescue) europäische Häfen ungehindert an- und aus ihnen auslaufen können und darüber hinaus Flugzeuge, wie beispielsweise die „Moonbird“ von Sea-Watch e. V., Suchflüge in der Seenotrettungszone durchführen können.

Begründung:

Die Rettung von Menschen auf dem Mittelmeer ist nicht nur formal durch internationale Gesetze geregelt, jede Rettung von Menschen vor dem Ertrinken ist auch eine humanitäre Verpflichtung in einer zivilisierten Welt.

Nicht erst seit kurzem ist die Seenotrettung weniger in Einzelfällen nötig, sondern leider mehr zum Alltag geworden auf dem Mittelmeer. So lange die Europäische Union bezüglich der Bewältigung der internationalen Flucht von Menschen auf dem Seeweg keine geeigneten Rettungsmaßnahmen unternimmt, ist der Einsatz von NGOs unerlässlich. Politik bzw. politische Uneinigkeit in dieser Hinsicht kann kein Grund sein, den Menschen Überlebenshilfe zu verweigern, geschweige denn Helfende an der Hilfestellung zu hindern.

Daher ist eine europäische Einigung, insbesondere mit den Regierungen der EU-Mittelmeerstaaten, nötig, die jede Seenotrettung als humanitäre Verpflichtung begreift und zumindest mittelfristig eine Zusammenarbeit mit den SAR-Schiffen der NGOs offensiv anstrebt, während auf europäischer Ebene gleichzeitig langfristige Maßnahmen zur Vor-Ort-Hilfe für Menschen auf der Flucht gesucht werden.